

Anfrage

des Abgeordneten **Sulzberger**

an Herrn Landesrat Dr. Stephan Pernkopf gem. § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend: **Vermehrtes Bienensterben durch Pestizideinsatz**

In 11 Bezirken Oberösterreichs wurde im Vorjahr ein massives Bienensterben durch ein Beizmittel, das beim Maisanbau eingesetzt wird, festgestellt. Es waren mindestens 343 Bienenvölker betroffen. Dieses angewandte Insektizid schützt die Maiskörner vor Insektenbefall. Der Wirkstoff enthält ein Nervengift, das während des Wachstums in der Pflanze verbleibt und von den Insekten aufgenommen wird.

Leider wurde bis jetzt dieses Gift in Österreich noch nicht verboten, da es als „**annehmbares Risiko**“ eingestuft wird. Demgegenüber wurde es bei unseren Nachbarländern wie Deutschland, Italien und in der Schweiz bereits verboten, nachdem in Italien im Jahr 2002, 50.000 Bienenvölker verendeten. Ein Verbot in Österreich wurde deshalb noch nicht ausgesprochen, weil der Wirkstoff im Honig nicht nachgewiesen werden konnte. Der Landesverband für Bienenzucht stellte aber klar, dass die Bienen bereits vor der Honigproduktion verendeten.

Weltweit wird seit Jahren beobachtet, dass im industrialisierten Norden ein massiver Rückgang der Bienenvölker festzustellen ist. Ein weltweiter Expertenstreit bringt uns momentan auch nicht weiter. Ob für das Bienensterben unterschiedliche Gründe vorliegen wie schädliche Pilze, Milben und Viren sowie die zunehmende Luftverschmutzung und der verstärkte Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft bis hin zum Klimawandel reicht die Argumentationskette.

Wenn durch gesicherte Beobachtungen festgestellt wird, dass durch eine genehmigte Anwendung neuer Pflanzenschutzmittel, wie zum Beispiel in Maisanbaugebieten, ein vermehrtes Bienensterben auftritt, ist umgehend zu reagieren und dieses freigegebene Pflanzenschutzmittel aus dem Verkehr zu ziehen. Daraus folgend ist eine gründliche Ursachenanalyse durch die zuständige Behörde zu veranlassen.

Der Gefertigte stellt daher an Herrn Landesrat Dr. Stephan Pernkopf folgende

Anfrage

1. Sind Ihnen die Vorfälle aus Oberösterreich bekannt?

2. Sind Fälle in Niederösterreich bereits aufgetreten?

Wenn ja, haben Sie die zuständigen Behörden veranlasst, geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten und wurde Ihrerseits der Landesverband für Bienenzucht informiert und miteingebunden ?

Wenn nein, warum nicht?

3. Werden Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten Sofortmaßnahmen einleiten bzw. beim zuständigen Bundesministerium ein generelles Verbot dieses Beizmittels verlangen?